

presse

AG Angelegenheiten der Europäischen Union

Für eine neue Kultur des Miteinander: Bürgerrechte, Sicherheit und Freiheit in Europa verbinden

Zur kürzlich beschlossenen Stellungnahme der SPD-Bundestagsfraktion zur europäischen Justiz- und Innenpolitik erklärt der stellvertretende europapolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
Michael Roth:

Ganz im Sinne der Stärkung der Beteiligungsrechte nationaler Parlamentarier an europäischer Politik, die zurzeit im Bundestag beraten werden, bezieht die SPD-Bundestagsfraktion Position zu einem der dynamischsten Politikbereiche auf europäischer Ebene. Besonders für die Justiz- und Innenpolitik bringen der Vertrag von Lissabon sowie die ausgeweiteten Mitwirkungsrechte des Bundestages mehr demokratische Legitimation.

Bislang wurde die Freiheit zu oft Opfer eines nahezu sicherheitsfanatischen Strebens konservativer Politik. Mit mehr demokratischer Kontrolle und Parlamentsbeteiligung steigt die Chance auf ein besseres Gleichgewicht im Spannungsverhältnis von Freiheit und Sicherheit. Nachdem in den vorangegangenen Mehrjahresprogrammen von Tampere und Den Haag die Sicherheitsaspekte überwogen, muss das neue Stockholmer Programm eine neue Balance finden. Denn auch die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger brauchen rechtsstaatlichen Schutz vor Aushöhung. Eine Klausel zum Vorrang des Datenschutzes in der Innenpolitik gehört deshalb zwingend in das Stockholmer Programm.

Wir bekräftigen erneut unsere Forderung nach einer Trennung der Generaldirektionen Justiz und Innen in der Europäischen Kommission. Diese Trennung ist nicht grundlos Tradition in fast allen EU-Mitgliedstaaten, denn auch sie trägt zu einem ausgewogeneren Kräfteverhältnis von Sicherheit und Freiheit bei. Eine Generaldirektion Inneres sollte für die po-

lizeiliche Zusammenarbeit, Grenzkontrollen, Asyl- und Migrationspolitik sowie die Integrationsarbeit zuständig sein. Der Schutz von Minderheiten und ihre gleichberechtigte Integration in die Gesellschaft müssen stets beachtet werden. Nach wie vor ist die Situation der Roma und Sinti in einigen europäischen Staaten absolut unhaltbar und unvereinbar mit unserem gemeinsamen Wertefundament.

Mit der Schaffung gemeinsamer Regeln für das Zivilrecht, der Umsetzung gemeinsamer Vorgaben im Grundrechte- und Datenschutz und der verbesserten Zusammenarbeit von Justizbehörden in den EU-Mitgliedstaaten sollte sich die Generaldirektion Justiz befassen. Im Familienrecht brauchen wir in Europa endlich verlässliche Regeln für Verheiratete und Familien aus unterschiedlichen EU-Mitgliedstaaten. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften müssen in allen Mitgliedstaaten der EU der Ehe gleichgestellt werden.

Leitlinie der Bekämpfung jedweder Form von kriminellem oder gewalttätigem Handeln muss immer die Prävention durch die Förderung von Integration und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sein. Soziale, wirtschaftliche und politische Teilhabe sind das beste Mittel gegen Radikalisierung. Hierfür fordert die SPD eine institutionelle Stärkung des Europäischen Netzwerks für Kriminalitätsprävention sowie eine verbesserte Handlungsfähigkeit von Europol.

Aber auch nach außen müssen unsere Ansprüche an Grundrechtsschutz und Schutz der Privatsphäre unserer Bürgerinnen und Bürger Geltung haben. Für die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der organisierten Kriminalität steht fest: EU und USA brauchen sich gegenseitig, aber für Abkommen mit den USA müssen ebenfalls hohe datenschutzrechtliche Standards angelegt werden.

Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion zur Zukunft der europäischen Innen- und Justizpolitik („Stockholmer Programm“)
(http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,11955,00.pdf)